Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannisgasse 8.

Sprechstunden der Redaction Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1, Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis vierteljährlich 4½ Mk. In Mit-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 30 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk., mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf. Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 62. Dienstag den 3. März 1891. 85. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Diebstahls-Bekanntmachung.

Gestohlen wurden laut hier erstatteter Anzeige:

1) ein goldener **Trauring**, „F. S." graviert, innerhalb der letzten 4 Wochen;

2) 3 **Elfenbein-Billardbälle** (ein rother, ein weißer und ein schwarzgestreifter) am 23. vor. Mts.;

3) ein dunkelblaues **Damen-Jacket** mit einer Reihe Perlmutterknöpfe, schwarzseidener Bordeneinfassung, buntgestreiftem Aermelfutter und Stoffhenkel mit der Aufschrift „Hermann Hahn, Sattlerhausen" und ein Stück braun- und rothgeblumter seidener Stoff, 65 cm lang und 70 cm breit, vom 6. bis 8. und bezw. am 23. vor. Mts.;

4) ein **Winterüberzieher** von braunem, geriefltem Stoff mit Sammetkragen, einer Reihe Knöpfe, blau- und weißgestreiftem Schoß- und schwarz-roth-grün- und blaugestreiftem Aermelfutter, vom 26. bis 27. v. Mt.;

5) ein **Plaid**, grau, weiß und schwarz kleincarrirt, und eine **Reisedecke**, grau und hellbraun großcarrirt, am 20. v. M.;

6) ein **Winterüberzieher** von dunkelblauem Stoff mit schwarzem Sammetkragen, einer Reihe überponnenen Knöpfen, blau- und gelbgestreiftem wollenen Futter und Kettchenhenkel, ein **Winterüberzieher** von braunem gestreiften Stoff, mit schwarzem Sammetkragen, einer Reihe überponnenen Knöpfen und Stoffhenkel, ein **Jacket** von dunkelblaum carrirten Stoff mit geldgewürfeltem Aermelfutter, einer Reihe schwarzer Steinnußknöpfe und einem zugenähten Dreieck im linken Aermel, eine **Hose** und **Weste** von demselben Stoff mit ebensolchem Futter und einem zugenähten Dreieck am linken Hosenbein, ein **Jacket** von grau- und schwarzfeingestreiften Stoff mit schwarzen Steinnußknöpfen und Kettchenhenkel und eine **Hose** und **Weste** von demselben Stoff, ein **Jacket** von dunkelblaum Stoff mit braunem carrirten Futter, einer Reihe Steinnußknöpfe und Stoffhenkel, eine ebensolche **Hose** mit gelblichem Futter und eine dergl. **Weste** mit weißem, blaugestreiftem Lamafutter, eine silberne **Cylinderuhr** mit Goldrand und Secunde, Abbildung des Ulmer Münsters auf der Rückseite und anhängender breiter gelber Kette mit Haken und Schlüssel und ein Deckbett mit weiß- und blaucarrirtem, „B" gezeichnetem Ueberzug und grauem Inlett, am 24. v. M.;

7) vier 2theilige **Fensterflügel**, innen weiß, außen braun gestrichen, ein **Spaten** und eine ca. 5 m lange **Sprossenleiter**, vom 11. bis 20. vor. M.;

8) ein **Handwagen**, 2räderig, blaugestrichen, mit Kastenaufsatz, vom 25. bis 26. vor. M.;

9) eine alte kleine **Tischler-Hobelbank** mit Zubehör, vom 21. bis 23. vor. M.;

10) **20 Stück lebende Kaninchen** (16 grau, 2 weiße und 2 schwarze) vom 23. bis 24. vor. M. mittelst Einbruchs;

11) ein **Winterüberzieher**, getragen, von dunkelgrauem Stoff, mit schwarzem Sammetkragen und grau und weiß gestreiftem Futter, am 28. vor. M.;

12) eine **Maler-Bockleiter**, am 25. vor. M.;

13) ein **Ballen**, signirt: „C. A. T. 5190", enthaltend **8 Stück Leinwand**, und zwar ein Stück blau und weiß schmalgestreifte, ein Stück hell- und dunkelblau breitgestreifte und ein Stück weiß- und blaukleincarrirte, am 20. vor. M.

Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib der gestohlenen Gegenstände oder den Thäter sind ungesäumt bei unserer Criminal-Abtheilung zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, am 2. März 1891.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. B.

Das am 28. April 1881 von dem Gemeindevorstand in Pranschöenfeld unter Nr. 9 für die am **14. August 1866** zu Düben geborene **Bertha Auguste Steinert** ausgestellte Dienstbuch ist erstatteter Anzeige zufolge abhanden gekommen, was zur Vermeidung von Mißbrauch hiermit bekannt gemacht wird.

Leipzig, den 28. Februar 1891.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
IV. 1070. Bretschneider. Abr.

Folgen der Pariser Vorgänge.

Es lastet eine Schwüle über Europa; das Gefühl der Enttäuschung gehegter Hoffnungen hat überall die Herrschaft angetreten. In Oesterreich erkennt man die Bemühungen an, welche Deutschland aufgewendet, um zu einer Aussöhnung mit Frankreich zu gelangen, und beklagt den Mißerfolg; in Rußland spricht das maßgebende Blatt, das „Journal de St. Pétersbourg", von einem leichten Schatten, den der verdrießliche Pariser Zwischenfall auf die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich geworfen habe; in Italien endlich faßt man die Lage sehr ernst auf. Die „Riforma" hält den Ausbruch eines Krieges früher oder später für unvermeidlich und spricht die Befürchtung aus, daß Italien eine Niederlage erleiden werde. Die Schlüsse, welche die italienischen Blätter aus der Lage auf den Dreibund ziehen, sind einander entgegengesetzt, die einen erklären die Aufrechterhaltung des Dreibundes für nothwendig, die andern fordern seine Auflösung. Das ist ein recht unbefriedigendes Ergebniß, aber es entspricht der wahren Sachlage, und es ist nothwendig, dem Ernst derselben diejenige Ruhe und Besonnenheit gegenüberzustellen, welche stets die Stärke des deutschen Wesens gebildet haben. In Paris bemüht man sich, alle Schuld an den Vorgängen auf Déroulède und die Boulangisten abzuwälzen, aber wie lahm diese Ausflüchte sind, zeigt das Verfahren, welches der Vorkämpfer der Verständigen, der „Temps", dabei einschlägt. Dieses Blatt erklärt mit der größten Unbefangenheit, daß der Krieg von 1870 von den Mitgliedern des Kaiserhofes im Verein mit drei bis vier Journalisten entschieden worden sei. Welch klägliches Armuthszeugniß für das französische Volk, das damit auf jede selbstständige Meinungsäußerung Verzicht leistet! Damit stimmt dem Wesen nach überein, was „Paris" sagt: Die Bemühungen Derer, welche uns aus der seit 20 Jahren bewahrten Ruhe herausdrängen wollen, werden ebenso erfolglos bleiben wie die Versuche, uns zur Verzichtleistung auf Das zu veranlassen, was uns gebührt. Das ist nichts als eine verschleierte Zustimmung zu dem Verhalten der Patrioten und Boulangisten. Jetzt war der Moment für die Anhänger des Friedens da, sich endgiltig für diesen zu erklären, das ist aber nicht möglich, weil es solche Leute in Frankreich überhaupt nicht giebt, wenigstens nicht von der Sorte, welche den Muth haben, ihre Ueberzeugung auch zu äußern. Der Maler Detaille ist in dieser Beziehung ein merkwürdiges Beispiel. Mit welchem Aufwand von Scharfsinn hat er seine Absicht, in Berlin auszustellen, mit den chauvinistischen Anschauungen in Einklang zu setzen gewußt! Er habe den Beweis liefern wollen, daß eine Nation, welche in den Künsten Bedeutendes leistet, nicht verkommen und verächtlich sein könne, und habe damit einen moralischen Sieg Frankreichs über Deutschland angestrebt. Er sei nicht verstanden worden, also beuge er sich den Wünschen der Mehrheit. Seiner Charakterlosigkeit setzt ein Brief an Déroulède die Krone auf, in welchem Detaille erklärt, daß sein Patriotismus aus dem Streit der jüngsten Tage neu gestärkt hervorgegangen sei.

Die vereinigten Patrioten und Boulangisten sind jetzt in Frankreich die Herren der Lage, sie haben es bereits gewagt, in einer neuen Versammlung ihr Treiben als einen Sieg über die Regierung zu feiern und Rochefort, Laur und Cassagnac Denkmünzen zu stiften. War es doch auch nur ein freiwilliges Zugeständniß Déroulède's an die Regierung, daß er den Fall Regnault — die Wegnahme des Kranzes vom Grabe des im Kampfe gegen Deutschland gefallenen Malers — nicht vor die Kammer brachte.

Auch die Bonapartisten halten den Zeitpunct, zu handeln, für günstig, sie haben unter Führung des Prinzen Victor ihrem Anschluß an die Republik erklärt, während der alte Prinz Jérôme im Sterben liegt. Das erinnert an die Zeit, in welcher Prinz Louis Napoleon zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt wurde. Auch er hatte äußerlich Frieden mit der Republik gemacht, aber nur um ihr im geeigneten Augenblick den Garaus zu machen. So weit scheinen die Dinge denn doch noch nicht gediehen zu sein, daß sich Prinz Victor Napoleon Hoffnungen auf die Erhebung zum Kaiser Frankreichs hingeben darf, aber schwach genug hat sich die französische Regierung in der neuesten Zeit gezeigt, sie ist gleichsam unsichtbar geworden, sie läßt die Dinge gehen, wie sie gehen, und hat nicht den mindesten Versuch gemacht, dem Eifer der Patrioten und Boulangisten Zügel anzulegen. Jener Geist ist in Frankreich wieder erwacht, welcher den Terrorismus des Jahres 1793 gebar, die Nation ist wie von einem Starrkrampfe befallen, in welchem sie Alles über sich ergehen läßt. Was soll man mit solchen Leuten anfangen, die sich ohne Widerrede dem Druck von Wortführern wie Déroulède und Laur unterwerfen? Was will denn dieser Schwäche gegenüber die Kraftanstrengung bedeuten, welche die Regierung einst zeigte, um den Abenteurer Boulanger unschädlich zu machen?

Es scheint, daß dieser Mann noch heute auf Frankreich einen großen Einfluß besitzt, daß keine Bloßstellung seiner Handlungsweise die Hoffnung zerstören konnte, er werde eines Tages als Retter Frankreichs erscheinen. In Frankreich ist noch heute Derjenige der Mann des Tages, der die Eitelkeit und Herrschsucht der Franzosen für seine Zwecke auszubeuten weiß. Eine langsam fortschreitende Regierung, die Alles daran setzt, um die materielle Wohlfahrt des Volkes sicher zu stellen, welche es an Ruhe und Frieden gewöhnen will, ist machtlos, sobald irgend ein Zwischenfall eintritt, welcher der Geltendmachung der schlummernden Leidenschaft günstig ist. Es kommt dabei nicht darauf an, ob es nicht besser gewesen wäre, wenn die Kaiserin Friedrich die Fahrt nach Paris und ihren dortigen Aufenthalt unterlassen hätte; das Betragen der Franzosen bei diesem Anlaß hat nur der vorhandenen Gesinnung zum Ausdruck verholfen. An Gelegenheit zum Ausbruch unterdrückter, künstlich verborgen gehaltener Leidenschaften fehlt es nicht, und eine solche würde sich früher oder später dargeboten haben. Wir erinnern an den Fall Schnäbele, welcher den sogenannten französischen Patriotismus auch zu hellen Flammen anfachte. Damals war aber die Reorganisation der französischen Armee noch nicht vollendet, es war noch nicht die heutige Stufe der Kriegsbereitschaft erreicht, welche den Kriegsminister Berty du Bernois veranlaßte, in der Commission des Reichstags für die Vorlage, betreffend die Vermehrung der Artillerie, die Lage für sehr ernst zu erklären, weil uns die Franzosen an Zahl der Soldaten überlegen sind und weil ihre militairische Organisation durchaus nicht zu verachten ist. Seit die Franzosen wissen, daß sie militairisch von Deutschland mit anderen Augen angesehen werden müssen, wie im Jahre 1870, ist natürlich ihr Selbstvertrauen gewachsen, und Ausbrüche ihrer kriegerischen Leidenschaften haben eine ganz andere Wucht als noch vor wenigen Jahren. Es fehlt nur noch die Siegesgewißheit, welche ein Bündniß mit Rußland gewähren würde. Wenn das zu Stande kommt, dann ist auch der Krieg entschieden. Wir wissen, daß wir in erster Linie auf unsere eigene Kraft angewiesen sind, und diese ist glücklicherweise auf der Höhe der Anforderungen der Zeit. Aber wir können diese Kraft im Frieden nützlicher verwenden und deshalb beweisen wir Frankreich gegenüber unsere volle Ruhe. *

Leipzig, 3. März.

* Die Mittheilung, der Kaiser habe jüngst auf dem Diner bei Capri von den Abgeordneten Eugen Richter als einen Mann von großer Tüchtigkeit gerühmt und hinzugefügt, er werde sich vielleicht noch einmal an ihn wenden, war zuerst vom Pariser „Temps" gebracht worden; einige Tage später wurde sie von der „Köln. Volksztg." bestätigt. Jetzt wird der „Voss. Ztg." von betheiligter Seite bestimmt erklärt, daß keiner der Abgeordneten, welche bei dem Reichskanzler als Gäste weilten, irgend eine Aeußerung des Kaisers über den Abgeordneten Richter vernommen habe. Für jeden vernünftig und logisch Denkenden ist es überhaupt ausgeschlossen, daß der Kaiser eine solche Bemerkung über Eugen Richter gethan haben kann. Die Nachricht des „Temps" ist daher völlig aus der Luft gegriffen.

* Der Bericht des Reichscommissars für das Auswanderungswesen liefert einen Commentar zu den Zahlen, welche die Volkszählung für einige Provinzen ergab. Wenn aus Pommern, Posen und Westpreußen Klage geführt war über eine bedrohliche Abnahme der ländlichen Bevölkerung, so braucht man nur die Zahlen der Auswanderer aus diesen Provinzen mit überwiegend ländlicher Bevölkerung zu lesen, um zu erkennen, wo eine der Hauptquellen für die beklagte Abnahme der ländlichen Bevölkerung zu finden ist. Aus den drei Provinzen Posen, Westpreußen, Pommern kommt mehr als ein Drittel der ganzen deutschen Auswanderung. Für die Beschwerden, die in den letzten Wochen über das verwerfliche Treiben brasilianischer Auswanderungsagenten laut wurden, liefert die Mittheilung, daß aus Pommern 886 Personen männlichen und 888 Personen weiblichen Geschlechts nach Brasilien gezogen sind, einen bemerkenswerthen Beitrag. Da gegen Lissabonner Agenten Klage laut geworden war wegen Uebervortheilung der Auswanderer, sowie wegen strafbarer Verleitung zur Auswanderung, hat der Norddeutsche Lloyd beschlossen, von den Lissabonner Agenten Deutsche zur Beförderung nach Brasilien nicht mehr anzunehmen.

* Der „Pest" geht aus Dresden eine Meldung zu, welche die Meldung einiger Blätter betrifft, daß dem Fürsten Bismarck eines der dortigen Reichstagsmandate angetragen werden solle. Man schreibt dem genannten Blatt:

Da die Nachricht, in den Dresdner Cartellkreisen plane man, den Reichstagsabgeordneten Commerzienrath Hultzsch zur Niederlegung seines Mandats bewegen zu lassen und das Mandat dem Fürsten Bismarck anzubieten, in einigen Zeitungen Aufnahme gefunden hat, die ernst zu nehmen sind, so sei dazu bemerkt, daß ein solcher Plan weder besteht, noch bestanden hat. Die Nachricht verdankt ihre Entstehung einem hier erscheinenden bedeutungslosen Blatte, das vermuthlich von sich reden machen wollte.

Wir haben sofort die Unwahrheit der vorstehenden Meldung durchschaut und daher von ihr gar nicht Notiz genommen.

* Die „Hamburger Nachrichten" schreiben: „Wir haben neulich von einem Artikel der „Münchener Allgemeinen Zeitung" Notiz genommen, in welchem die Frage erörtert wurde, ob die obwaltenden Umstände es dem Fürsten Bismarck ermöglichten, ein auf ihn fallendes Reichstagsmandat anzunehmen. Die Gründe, welche das Münchener Blatt gegen diese Möglichkeit anführte, halten wir für zutreffend und möchten nur noch die Schwierigkeiten stärker betonen, die, mehr äußerlicher Natur, sich der Ausübung eines Mandats durch den Fürsten entgegenstellen. Die Verhältnisse, welche der Fürst im Sitzungssaal und in den Fractionen antreffen würde, haben nichts Abschreckendes für ihn, aber Rücksichten persönlicher, häuslicher und gesellschaftlicher Natur erfüllen ihn gegen einen längeren Aufenthalt in Berlin mit Bedenken. Dies ist auch in dem Antworttelegramm an das Wahlcomité des Hannoverschen Wahlkreises, welches die Anfrage, ob der Fürst das Mandat übernehmen wolle, an diesen gerichtet hatte, ausgesprochen. Am Schluß desselben hieß es: „Häusliche und gesundheitliche Verhältnisse machen es mir für jetzt nicht möglich, einen längeren Aufenthalt in Berlin, wie die Mitgliedschaft des Reichstags ihn bedingen würde, in Aussicht zu nehmen". Schon die Nothwendigkeit, in einem mehr oder weniger unruhigen Hotel für längere Zeit Wohnung zu nehmen, würde ausreichen, um die Bedenken des Fürsten begreiflich erscheinen zu lassen.

* In eigener Sache schreiben die „Hamburger Nachr.": Anläßlich einer bereits von uns als erfunden bezeichneten Meldung des Depeschenbureau „Herold" ist die Stellung der „Hamburger Nachrichten" zum Fürsten Bismarck während der letzten Tage mit ebenso viel Uebelwollen als Ignorirung unserer früheren bezüglichen Erklärungen in der Presse discutirt worden. Wir können nur wiederholen, was schon früher oft genug gesagt wurde. Wir haben das Bestreben, die Ansichten des Fürsten Bismarck zu vertreten, nicht aus Oppositionsgelüste, auch nicht, weil wir dem Fürsten principielle Gegnerschaft gegen die jetzige Regierung voraussetzen, sondern weil wir den früheren Reichskanzler für einen sachverständigen und einsichtigen Politiker halten, zu dessen Urtheil wir Vertrauen haben und dessen Auffassung für uns ein Beweggrund ist, in schwebenden Fragen die eine oder die andere Lösung derselben für zweckmäßiger oder leichter zu halten. Wir wollen nichts Anderes, als die Grundsätze wahren, welche die Politik des früheren Reichskanzlers 30 Jahre hindurch mit Glück befolgt hat.

Die angebliche „hervorragende Hamburger Persönlichkeit", auf deren Angaben das gestern Abend von uns dementirte Telegramm des Depeschen-Bureau „Herold" basirte, insinuirte offenbar zwischen den Zeilen, daß wir in dieser Richtung gelegentlich irrthümlich verfahren wären. Wir haben deshalb das Bedürfniß gehabt, uns zu vergewissern, ob die behauptete Aeußerung mit einer verdeckten Kritik unseres Auftretens vom Fürsten gethan sei; wir haben uns dabei überzeugt, daß die besagte „hervorragende Hamburger Persönlichkeit" des „Herold", falls sie wirklich anders als in der Phantasie des Verfassers der betreffenden Depesche existirt, dasselbe Unglück wie Herr Abranzi gehabt haben und auf denselben „Schönhäuser", der dem Fürsten „sehr ähnlich" sein soll, gestoßen sein muß, wie der vorgenannte ungarische Abgeordnete.

* Folgendes geht uns zur Veröffentlichung zu:

Herr Amtsrichter Kulemann in Braunschweig, ein früheres, wegen seiner Kenntniß und Arbeitskraft geschätztes Mitglied der nationalliberalen Reichstagsfraction, der sich aber jetzt nicht mehr im Besitz eines parlamentarischen Mandats befindet, hat in einer Erklärung, abgedruckt in der Braunschweigischen Landeszeitung vom 24. Februar 1891, ausgeführt, daß er bei seiner Thätigkeit während des jüngsten Wahlkampfes im Reichstagswahlkreise Bochum nicht nur mit der Möglichkeit, dadurch eine Trennung der „Grundbesitzer" von der nationalliberalen Partei herbeizuführen, gerechnet habe, sondern daß er diese Trennung „als ein nothwendiges, ja in gewissem Sinne als ein erfreuliches Ereigniß ansehe". Dem gegenüber stellen wir zunächst fest, daß Herr Amtsrichter Kulemann zu einer Thätigkeit in diesem Sinne weder durch den Centralvorstand, noch durch irgend eine andere autoritative Stelle der nationalliberalen Partei ermächtigt oder veranlaßt war. Ebenso wenig können wir ihm das Recht einräumen, darüber zu entscheiden, ob eine Bevölkerungsgruppe von der nationalliberalen Partei zu trennen ist oder nicht. Die Grundbesitzer in Westfalen gehören politisch verschiedenen Parteien an und die Voraussetzung ist ebenso bedauerlich, als thatsächlich ungerechtfertigt, daß dieselben aus ihren Berufs-Interessen heraus ihre politische Stellung einnehmen. Die deutsche Bergwerks-Industrie hat es schon längst in der Erfüllung sozialer Aufgaben, sowie neuerdings bei der Durchführung der socialpolitischen Gesetzgebung an Eifer und Opferwilligkeit nicht fehlen lassen, und es liegt keinerlei Grund vor, unter diesem Gesichtspunct ihre Trennung von der nationalliberalen Partei zu erstreben. Wir müssen deshalb den Versuch, einen Gegensatz zwischen der nationalliberalen Partei und den Grundbesitzern — einem großen und hochwichtigen Theile unserer nationalen Industrie — hervorrufen zu wollen, als durchaus unberechtigt energisch zurückweisen.

Berlin, den 27. Februar 1891.

Der Centralvorstand der nationalliberalen Partei.

* Die Bergarbeiterbewegung nimmt die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung wieder in erhöhtem Maße in Anspruch. Von Woche zu Woche folgen Versammlungen, in denen die Organisation der gesammten Bergarbeiter, sowie die Forderungen, mit welchen sie gemeinschaftlich hervortreten wollen, berathen werden. Steht auch die endgiltige Beschlußfassung noch aus, so wäre es doch nicht gerechtfertigt, sich in Bezug darauf allzu optimistischen Erwartungen hinzugeben. Die Führung der ganzen Bewegung liegt, darüber kann eine Täuschung nicht mehr möglich sein, in socialdemokratischer Hand, wenn von ihr auch mit Rücksicht auf bisher unter der Bergarbeiterschaft nur wenig vorhandene Hinneigung zur Socialdemokratie die letzten Ziele, zu denen man die Bergarbeiter hinleiten will, vorsichtig mit einem Schleier umhüllt werden. Auf den letzten Versammlungen sind, nachdem die vorläufige Formulirung der Forderungen der Bergarbeiter bereits am Sonntag vorher besprochen war, die Organisationsfrage und die Lohnfrage zur Verhandlung gestellt. In der ersteren war in einer in Essen abgehaltenen Versammlung Redner der bekannte Kaiserdeputirte Bunte, der auch diesmal wieder geflissentlich betonte, daß politische und confessionelle Streitfragen von der Bergarbeiterbewegung ausgeschlossen bleiben müßten. Die kommen erst später aufs Tapet, wenn die Saat für die Bebel und Liebknecht zum Schnitte reif geworden. Was die Lohnforderungen betrifft, so haben die Anträge hier bereits eine Steigerung erfahren; jetzt wird für Häuer schon ein Minimallohn von 4,50 ℳ, für Reparatur-Häuer von 3,75 ℳ, für Schlepper und sonstige Arbeiter von 3 ℳ gefordert und zur Begründung einfach bemerkt, daß die heutigen Marktverhältnisse diese Lohnsätze gestatteten und die Bergleute sie zu ihrem Unterhalt gebrauchten. Wie lange wird es dauern, bis der letztere Satz allein zur Begründung ausreicht? Der Anschluß an den deutschen Bergarbeiterverband ist allseitig gutgeheißen worden, in einzelnen Versammlungen sei von einem Streik abgerathen worden. Indessen wo Bewegungen dieser Art im Gange sind, deren Entwickelung naturgemäß auf eine Steigerung der Leidenschaften hinwirkt, kann Niemand eine Bürgschaft dafür übernehmen wollen, daß nicht das ursprünglich beabsichtigte Ziel später ganz aus dem Auge verloren wird. Jedenfalls rechtfertigt die Lage durchaus die Aufmerksamkeit, mit der von maßgebender Stelle die Bergarbeiterbewegung beobachtet wird. Auch der Besuch des Oberpräsidenten von Westfalen in Berlin wird damit in Verbindung gebracht.

* In Reichstagskreisen wurde erzählt, daß der frühere Abgeordnete für Marienwerder-Stuhm, Geheimer Finanzrath Mueller, für die in diesem Wahlkreise bevorstehende Neuwahl wieder als Candidat aufgestellt sei und die Candidatur angenommen habe. Wie die „Post" hört, ist Herr Mueller allerdings von dem dortigen Wahlkreis wiederholt und dringend ersucht worden, im Interesse eines deutschen Wahlsieges die Candidatur wiederum zu übernehmen. Indessen schweben die Verhandlungen noch und ist Herr Mueller bisher noch nicht in der Lage gewesen, die Annahme der Candidatur zu erklären.

* Man schreibt aus Trier: Das Reichstagsmandat für Prüm-Bitburg, welches durch den Tod des Abgeordneten Limbourg frei geworden ist, wird an den Lederfabrikanten Ed. Reis in Prüm übergehen. Herr Reis vertritt als Mitglied des Centrums den Wahlkreis schon seit dem Jahre 1870 im Landtage. Ein liberaler Gegencandidat wird wahrscheinlich nicht aufgestellt werden, da in dem Wahlkreise etwa 10 000 ultramontanen Stimmen nur 1200 liberale gegenüberstehen. Wer der Nachfolger des Herrn Limbourg als Vertreter Triers im Landtage werden wird, ist noch nicht entschieden.

* Aus Weimar wird uns vom 1. März geschrieben:

Im Hinblick auf die schweren Beschädigungen von Privat-, Gemeinde- und Staatseigenthum, welche das Hochwasser im November v. J. angerichtet hat, will unsere Staatsregierung außerordentliche Mittel aus den vorhandenen Ueberschüssen nicht nur zur Beseitigung der an Staatseigenthum vorgekommenen Schäden, sondern auch behufs Hilfeleistung an bedürftige Privatpersonen und Gemeinden zur Verfügung stellen und hat deshalb eine Vorlage für den am 5. d. M. hier-ist zusammentretenden außerordentlichen Landtag ausgearbeitet. Geschätzt sind die Verluste an Privateigenthum im Saalethale auf 481 000 ℳ, im Ilmthale auf 19 300 ℳ und im Werra- und Hörselthale auf 53 500 ℳ, wobei zu betonen bleibt, daß der Schaden, der sich im vollen Umfange jetzt gar nicht berechnen läßt, ein weit höherer sein dürfte. Es sollen nun zunächst die folgenden Summen verwendet werden: 101 000 ℳ als Unterstützung wegen zerstörter und beschädigter Privatgebäude sowie beschädigter Handelsgärtnereien; ferner 19 000 ℳ zur Wiederherstellung der Gemeinde-Schulgebäude in Reichhausen und Wenigenjena und zur Unterstützung an bedürftige Gemeinden bei Wiederherstellung anderer beschädigten Gemeinde-Eigenthums, und endlich 20 000 ℳ für Herstellung neuer Bouverdelten zu einer Hörsel-Regulirung. Es ergiebt dies eine Summe von 140 000 ℳ. Wegen weiterer Arbeiten, die staatlicherseits zu leisten sind — so die Erbauung eines Schutzdammes bei Wenigenjena, einer Saalebrücke bei Rothhausen 2c. —, steht ein weiteres Decret zu erwarten. — Eine zweite Regierungsvorlage geht dahin, im Hinblick auf die Zeitverhältnisse den unteren Beamten und den Volksschullehrern zunächst für die Jahre 1891 und 1892 eine Theuerungszulage zu gewähren. Es sollen diejenigen Staatsdiener und ständigen Hilfsarbeiter, welche ein Jahreseinkommen (incl. Nebenbezüge) von nicht über 2500 ℳ haben, jährlich fünf Procent des Einkommens als Zulage, diejenigen aber, die 2500 ℳ bis 2625 ℳ beziehen, soviel erhalten, daß die letztere Summe erreicht wird. Die provisorisch angestellten Lehrer und Lehrerinnen erhalten jährlich je 50 ℳ als Theuerungszulage, die fest angestellten Lehrer, die nicht die fünfte Alterszulage oder eine entsprechende Besoldung beziehen, sowie die Lectoren mit nicht über 2550 ℳ Einkommen dagegen je 60 ℳ. Die gesammten Theuerungszulagen erfordern pro Jahr 96 000 ℳ — Für den Umbau unseres sehr unzulänglichen Landgerichts-Verhandlungssaales, der auch Gasbeleuchtung erhalten soll, werden 8850 ℳ, bezw. 10 850 ℳ gefordert.

* * *

* Die Reichsrathswahlen in Oesterreich haben begonnen, und im Verlaufe der nächsten Woche werden sie so weit vollzogen sein, daß sich wird beurtheilen lassen, inwieweit die von der Regierung ausgesprochene Erwartung, daß sich daraus eine Klärung der politischen Lage ergeben werde, berechtigt war oder nicht. Auf jeden Fall sieben wir, so schreibt die „Neue Freie Presse" aber unmittelbar vor der Entscheidung über das künftige Schicksal der deutsch-liberalen Partei. Dieses könnte nicht zweifelhaft sein, wenn die Gesammtheit der Deutsch-Oesterreicher sich nur von den Erfahrungen leiten ließe, die sie in den verflossenen zwölf Leidensjahren reichlich genug gemacht haben. Wenn der Rückblick auf die parlamentarischen Ereignisse während dieser Periode, auf die täglich erneuerte Versöhnung zwischen der Regierung und der Majorität auf Kosten der Deutschen, auf die zahllosen Einbußen, welche der deutsche Besitzstand durch die Verwaltungsmaßregeln einer gegnerischen Regierung erlitten hat, und auf den Umschwung, der von dem Augenblicke an eintrat, da die Deutschen es nur einigermaßen verstanden, der Coalition feindlicher Parteien ihre eigene Einigung entgegenzusetzen, nicht gelehrt hat, daß nur die Wiedergewinnung eines entsprechenden Einflusses auf die Regierung die den Deutschen in Oesterreich gebührende Stellung zu sichern vermag und daß nur eine zahlreiche und einmüthige Partei diesen Einfluß gewinnen kann, dann wüßten wir überhaupt nicht mehr, auf welcher Grundlage noch eine politische Maxime für die Deutschen aufgebaut werden könnte. Dennoch hat der Verlauf der Wahlbewegung gezeigt, daß der Ernst des Augenblicks noch immer nicht allgemein begriffen wird, daß noch immer das Bestreben sich geltend macht, von dem Hauptstreme der deutsch-liberalen Partei Seitenströmungen abzuzweigen, nationale, sociale, wirthschaftliche Ziele abseits von dieser Partei zu verfolgen, und die Hoffnungen auf den lange erwarteten und im Keime auch unzweifelhaft schon vorhandenen Umschwung werden dadurch arg herabgestimmt. Noch einmal sei darum an alle besonnenen, patriotisch gesinnten und deutschen Wähler die Aufforderung gerichtet, sich weder durch die Vielfältigkeit der Programme verwirren, noch durch große Worte, die der Eitelkeit oder dem Interesse schmeicheln, berauschen zu lassen, sondern ausschließlich den Eingebungen der eigenen Vernunft zu folgen und die Erfahrung zu Rathe zu ziehen.

SLUB
Wir führen Wissen.